



**Protokoll der Sitzung des Stadtelternbeirats  
der Landeshauptstadt Magdeburg**

am 2. Mai 2018 von 17:30 Uhr bis 19:40 Uhr

im Stadtteiltreff „Oase“, Pablo-Neruda-Straße 11, 39126 Magdeburg

**Anwesende Mitglieder des StEB:**

46 Mitglieder des StEB, die im Einzelnen in der Anwesenheitsliste des Jugendamts eingetragen sind.

**Anwesende Gäste:**

Stefanie Fahrtmann (LH Magdeburg, Jugendamt, Team Tagesbetreuung), Dr. Ingo Gottschalk (LH Magdeburg, Stabsstelle V/02), Katrin Nawrath (LH Magdeburg, Jugendamt, Team Tagesbetreuung)

**Besprechungspunkte:**

Begrüßung, Stand der KiFöG-Novellierung, Kita-Beiträge, Zahlen, Daten, Fakten zur Situation in den Kitas und aktuelle Themen/Sonstiges.

**Begrüßung:**

Gordon Schüler begrüßte die Anwesenden und stellte die anwesenden Gäste sowie die Tagesordnung vor. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

**Stand der KiFöG-Novellierung:**

Gordon Schüler führte in die Thematik ein und wies auf die aufgrund der Urteile des Landesverfassungsgerichts zum Finanzierungsanteil der Gemeinden erfolgte jüngste Änderung des Kinderförderungsgesetzes (im Folgenden: KiFöG) hin. Die schon lange diskutierte weitrei-



chende KiFöG-Novelle sei nun doch noch für dieses Jahr geplant. Derzeit lägen vier Vorschläge von CDU, Grünen, Linken und SPD auf dem Tisch, diese würden in den Gremien des Landtags beraten. Die Eltern seien durch eine aktive Arbeit der Landeselternvertretung in den Prozess eingebunden.

### **Kita-Beiträge:**

Zu Beginn wies Gordon Schüler darauf hin, dass ein Teil der für die Ermittlung der Kita-Beiträge wesentlichen Faktoren unter dem folgenden Tagesordnungspunkt „Zahlen, Daten, Fakten“ angesprochen werde. Er berichtete weiter, dass die Kita-Beiträge in der Landeshauptstadt Magdeburg im Gegensatz zu anderen Gemeinden im Land sehr stabil seien. Magdeburg habe durch die Schaffung von zusätzlichen Sonderregelungen z. B. für Geschwisterkinder eine elternfreundliche Beitragsgestaltung vorgenommen. Es sei jedoch damit zu rechnen, dass die Beitragssatzung demnächst überarbeitet werde; dann sei auch in Magdeburg mit steigenden Beiträgen zu rechnen. Dies wurde von den anwesenden Gästen nicht dementiert.

### **Zahlen, Daten, Fakten zur Situation in den Kitas:**

Dr. Ingo Gottschalk berichtete über die Nachfrage nach Kitaplätzen. Derzeit würden ca. 700 Plätze nachgefragt. Rund 4/5 dieser Nachfrage resultierten aus dem mit der Fluchtbewegung 2015/2016 eingetretenen Zuwachs der Wohnbevölkerung in Magdeburg.

Die Betriebserlaubnisse ließen für die einzelnen Einrichtungen flexible Platzzahlen zu, wobei Krippenplätze und Kindergartenplätze als kommunizierende Röhren zueinander im Verhältnis stünden: Krippenplätze von 3.949 bis 4.030 – Kindergartenplätze von 8.120 bis 6.204. Derzeit sei für rund 10% der Plätze eine Ausnahmegenehmigung im Rahmen der Betriebserlaubnis erteilt, das heiße, dass die Einrichtungen bis zur maximalen Belastungsgrenze belegt werden würden. 3% der in der Kapazität ausgewiesenen Plätze seien als allgemeine Planungsreserve vorgesehen. Hinzu kämen weitere 3% als Reserve für Geschwisterkinder und Altersübergänge. Das Vorhalten dieser Plätze entspräche Zusatzkosten in Höhe von 3 Mio. € p.a., welche die Stadt trage.



Da die STARK-III-Mittel noch nicht zugeflossen seien, habe Magdeburg ein eigenes Kita-Sanierungsprogramm aufgelegt. 5 Ersatzneubauten wurden als Ausweichquartiere für 18 Standorte errichtet, die für rund 70 Mio. €, überwiegend aus kommunalen Mitteln, nach und nach saniert würden. Hinzu kämen 4 neue Einrichtungen, um die gestiegene Nachfrage bedienen zu können.

Aus der Versammlung wurde nach der Perspektive der Kita am Gneisenauring gefragt. Herr Dr. Gottschalk erwiderte, dass sich die jetzige Planung auf den Zeithorizont bis 2021/2022 beziehe. Allerdings gelte es die Ist-Entwicklung in den nächsten zwei bis vier Jahren abzuwarten, ehe über die Fortführung der Standorte Gneisenauring und Bebertaler Straße entschieden werde.

Editha Petrzak fragte, ob die Kita Sterntaler nunmehr dauerhaft im Ausweichquartier in der Coquistraße untergebracht werde und wies dabei auf die in einigen Fällen entstandenen problematischen Wegebeziehungen zwischen Wohnung der Kinder und Kita hin. Herr Dr. Gottschalk bestätigte, dass die Kita Sterntaler dauerhaft am Standort Coquistraße verbleiben soll. Zur Frage nach dem Schülerferienticket verwies Herr Dr. Gottschalk auf den zuständigen Fachbereich Schule und Sport.

Frau Fahrtmann ergänzte, dass zurzeit rund 18.200 Kinder in Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen betreut werden. Davon entfielen rund 10.600 auf den Krippen- und Kindergartenbereich, etwas mehr als 350 auf die Tagespflegestellen und rund 7.250 auf den Hortbereich. Die Stadt versuche jeweils schnell zu reagieren, um den wachsenden Bedarf zu decken. Derzeit sei die größte Herausforderung die Integration der Kinder mit Migrationshintergrund. Deren Anzahl in den einzelnen Einrichtungen schwanke ganz erheblich. Es gäbe Einrichtungen, in denen der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund bei 50% läge, es gäbe aber auch Einrichtungen, bei denen diese Gruppe nur 2% aller Kinder ausmache. Nicht alle Träger seien bei der Aufnahme von Kindern mit Migrationshintergrund gleichermaßen offen. Das Jugendamt habe hier jedoch keinen Einfluss, da nach SGB VIII im konkreten Fall die Träger allein über die Aufnahme eines Kindes entschieden. Daran ändere auch die de facto aus öffentlichen Mitteln erfolgende Finanzierung der Kindertageseinrichtungen nichts.



Zum Thema Leistungs-, Qualitäts- und Entgeltvereinbarungen (im Folgenden: LEQs) hat sich Frau Fahrtmann einen Sachstandsbericht vom zuständigen Team des Jugendamts zuarbeiten lassen. Sie führte dazu aus: Derzeit erfolge die Abrechnung zwischen Stadt und Trägern auf der Basis einer Finanzierungsrichtlinie. Nur mit einem Träger gäbe es eine LEQ für eine Einrichtung und für 60 Einrichtungen lägen dem Jugendamt Verhandlungsaufforderungen mit dem Ziel des Abschlusses einer LEQ vor. Zwei Verfahren seien wegen Streitigkeiten zwischen Stadt und Träger bei der Schiedsstelle anhängig.

Problematisch seien nach wie vor die Anrechnung von Leitungsstunden und die nicht definierten Standards für das Qualitätsmanagement. Auf die Nachfrage, ob und wenn ja wie Sanierungsmittel und Mittel für den Gebäudeunterhalt in die LEQs mit einbezogen würden, wurde klargestellt, dass diese Kosten – und auch die späteren Einsparungen auf Grund von Sanierungen – zwar berücksichtigt würden, die LEQs aber nicht zu einer Differenzierung der Beiträge zwischen den einzelnen Einrichtungen führen würden. Politisch sei gewollt, dass es bei einem bezogen auf die jeweilige Leistung einheitlichen Beitrag bleibe.

Auf die Nachfrage von Sebastian Lippe, ob und wenn ja welche Begrenzung für die Laufzeit der LEQs vorgeschrieben sei, erwiderte Frau Fahrtmann, dass es keine vorgegebenen Laufzeiten für die LEQs gäbe.

Auf Nachfrage erläuterte Frau Fahrtmann, dass das Jugendamt keine Ablehnungsbescheide erteile, wenn für ein Kind nicht sofort ein Krippen- oder Kindergartenplatz zur Verfügung stehe. Zur Vorlage beim Jobcenter oder der Ausländerbehörde würden jedoch Bescheinigungen über die Wartezeit ausgestellt, da die betroffenen Eltern wegen der Kinderbetreuung in dieser Zeit effektiv nicht für Maßnahmen zur Verfügung stünden. Sie erläuterte weiter, dass bisher noch keine Klage anhängig sei und sich die Situation hoffentlich mit der Eröffnung der neuen kommunalen Kitas etwas entspannen werde.

Die für das Kita-Portal verwendete Software werde dahingehend überarbeitet, dass alle Eltern ihren Bedarf nur über das Kita-Portal anmelden könnten. Die direkte Anmeldung in der Kita ohne Referenznummer aus dem Portal sei dann nicht mehr möglich. Es wäre jedoch möglich, mit der im Kita-Portal für jedes Kind individuell generierten Referenznummer direkt in einer Kita vorzusprechen und dort das Kind anzumelden. In der Folge sei das betreffende Kind je-



doch für alle anderen Plätze gesperrt. Mit der eindeutigen Zuordnung eines Kindes zu einer Referenznummer und der Sperrung der Platzvergabe ohne Referenznummer bzw. der Sperrung der Referenznummer nach Platzvergabe solle verhindert werden, dass es zu Doppelbelegungen und Doppelwartelisten komme. In der nächsten Woche werde unter Beteiligung von Vertretern des StEB-Vorstands ein Test der neuen Portalseite erfolgen.

### **aktuelle Themen/Sonstiges:**

Matthias Stübiger berichtete über die aktuellen Themen im Vorstand: Reihenuntersuchungen des zahnärztlichen Dienstes des Gesundheitsamts in den Kitas, Kitabesuch kranker Kinder, Einschulungsrücksteller. Zu den vorgenannten Themen führe der Vorstand derzeit Gespräche und/oder er erarbeite Positionspapiere als Grundlage für die weitere Diskussion. Er warb dafür, aus den Reihen des StEB per E-Mail Anregungen an den Vorstand zu richten.

Auf Grund der auf der Internetseite des StEB veröffentlichten Kurzberichte aus den Vorstandssitzungen ergibt sich die Nachfrage, welche von den Kitas fallweise eingeforderten Zusatzbeiträge rechtens seien: Sonderbeiträge für das Schmieren von Frühstücksbroten durch den Essenanbieter seien zulässig, da hier der Essenanbieter eine Rechnung für eine zusätzliche Dienstleistung stelle. Die Abgeltung sog. kitanützlicher Stunden durch Barmittel hingegen ist nicht statthaft. Durch den Kitabeitrag seien pauschal alle Kosten des Trägers gedeckt. Das gelte auch für eine verpflichtende Teilnahme an den kitanützlichen Stunden. Diese Verpflichtung sei, da Arbeitsleistung als Substitut für Geld eingefordert werde, ebenso unstatthaft. Aus der Versammlung heraus wurde die Situation in den Horten angesprochen. Frau Fahrman erläuterte dazu, dass der Personalbesatz in diesem Bereich aufgrund des unzureichenden Personalschlüssels und der darüber hinaus stetig steigenden Schülerzahlen schlecht sei. Bei der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung durch den Fachbereich Schule und Sport werde die Hortplanung jedoch mit bedacht.

Gordon Schüler wies darauf hin, dass eventuell gefertigte Mitschnitte der Veranstaltung nicht autorisiert seien und eventuell angefertigte Mitschnitte daher ausschließlich zum persönlichen Gebrauch in Nachbereitung der Sitzung verwendet werden dürften. Eine Veröffentlichung



habe in jedem Fall zu unterbleiben. Er bat darum, zukünftig das Mitschneiden der Versammlungen des StEB zu unterlassen.

Die nächste Vollversammlung des StadtElternBeirats ist für Ende des Sommers/Anfang Herbst 2018 geplant.

Matthias Stübig